

Erschienen in: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hrsg.), Der gesamtdeutsche Wähler, Baden-Baden: Nomos, 2007, 89-112.

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994-2005

Kai Arzheimer/Harald Schoen

1. Einleitung

In Grundsatzprogrammen und Diskussionen darüber zeigen auch sonst als Allerparteien bezeichnete oder gescholtene Parteien deutlich Profil. Wie in früheren Programmen sieht sich die SPD in ihren Leitsätzen auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm, die der kommissarische Vorsitzende Kurt Beck am 24. April 2006 vorstellte, in der Tradition der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften besonders verbunden (vgl. SPD 2006: 8). An den Anfang ihrer parteiinternen Diskussion über die Erneuerung ihres Grundsatzprogramms stellt die CDU dagegen ein Bekenntnis zum christlichen Menschenbild, das als „Markenkern“ (Pofalla 2006) sie und ihre bayerische Schwesterpartei von den übrigen im Bundestag vertretenen Parteien klar unterscheiden soll. CDU und SPD weisen somit – wenngleich in teilweise modernistisches Vokabular gekleidet – auf ihre divergierenden historischen Wurzeln hin: SPD und Union bzw. deren Vorläufer wurden im 19. Jahrhundert gegründet, um kollektive Interessen zweier sozialer Großgruppen in der politischen Arena zu vertreten, nämlich die der (organisierten) Arbeiterschaft bzw. die der (praktizierenden) Katholiken.

Die Erwähnung programmatischer Traditionsbestände garantiert jedoch nicht, dass auch die in das 19. Jahrhundert zurückreichenden Bündnisse von Parteien mit Interessenorganisationen und gesellschaftlichen Großgruppen noch vital sind. Mancher mag gerade aus der Erwähnung in Grundsatzprogrammen folgern, dass es sich nur um unverbindliche Traditionspflege ohne irgendeine Bedeutung für die tatsächliche Politik handele, da hehre Grundsätze vergessen würden, sobald es um politische Entscheidungen gehe, und Union und SPD als Volksparteien prinzipiell für alle Bürger wählbar sein wollten. Als (indirektes) Argument gegen diese Vermutung lassen sich allerdings Befunde aus der politischen Soziologie ins Feld führen, die nach der Fortdauer der politischen Prägekräften der sozialen Spannungslinien oder Cleavages fragen, die zur Parteigründung im 19. Jahrhundert führten. So konnten bis in die jüngste Vergangenheit etwa Unterschiede in den Wahlprogrammen der Parteien und der sozialen Zusammensetzung der Parteimitglieder nachgewiesen werden, die sich aus den unterschiedlichen historischen Wurzeln der Parteien erklären lassen (vgl. etwa Gabriel/Niedermayer 2001; Klingemann/Volkens 2001). Auch sprechen empirische Befunde dafür, dass das Wahlverhalten in der Bundesrepublik lange Zeit wenigstens zum Teil mit den Cleavages erklärt werden konnte (vgl. etwa Pappi 1985, 1986, 1990, 2002; Gabriel/Brettschneider 1994).

In diesem Beitrag gehen wir der Frage nach, ob der klassische Cleavage-Ansatz auch im vereinten Deutschland noch dazu beitragen kann, Bundestagswahlverhalten zu erklären. Dazu werden wir zunächst den Cleavage-Ansatz kurz vorstellen, diskutieren und Vermutungen darüber ableiten, wie es um die Wirkung traditioneller sozialstrukturell verankerter Spannungslinien auf das Wahlverhalten in Deutschland bestellt ist. Nach einer kurzen Darstellung von Daten und Methoden werden wir anschließend das Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005 auf Cleavage-Einflüsse untersuchen. Im Mittelpunkt stehen dabei drei miteinander verbundene Fragen: (1) Wie groß ist die substantielle Bedeutung der traditionellen Cleavages für das Wahlverhalten, (2) finden sich Anzeichen für eine Abschwächung der Cleavage-Effekte, und (3) gibt es in den neuen Ländern Indizien für eine Annäherung an die aus dem Westen bekannten Muster. Abschließend fassen wir die Ergebnisse zusammenfassen und diskutieren sie.

2. Der Cleavage-Ansatz und Wahlverhalten im vereinigten Deutschland

Mit ihrem Cleavage-Modell zielen Lipset/Rokkan (1967) nicht primär darauf ab, individuelles Wahlverhalten zu erklären. Vielmehr besteht ihr Hauptanliegen darin, die Entwicklung westeuropäischer Parteiensystem nachzuzeichnen. Die Haupttriebfeder für die Entstehung von Parteien waren demnach tiefgreifende gesellschaftliche Konflikte, die sich als Folge der Nationalstaatsbildung, der Säkularisierung und der industriellen Revolution entwickelten. Diese gesellschaftlichen Spannungslinien oder Cleavages haben, so die Autoren, dazu geführt, dass sich die von einem solchen Konflikt betroffenen Bevölkerungsgruppen Organisationen zur Vertretung ihrer Interessen schufen und in der Phase der Demokratisierung ein Bündnis mit einer politischen Partei eingingen. Solche Bündnisse sollten beiden Seiten Vorteile bringen: Die Partei sollte die Gruppeninteressen in der politischen Arena vertreten, im Gegenzug sollte die soziale Großgruppe die Partei regelmäßig bei Wahlen geschlossen unterstützen. An genau dieser Stelle bietet die makrosoziologische Parteiensystemanalyse einen Ansatzpunkt für die Analyse individuellen Wahlverhaltens. Denn nach dieser Vorstellung sollten die Mitglieder der Konfliktgruppen stets für „ihre“ Partei votieren.

In der Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland spielten soziale Konfliktlinien eine entscheidende Rolle, da Parteien – überspitzt formuliert - als „politische Aktionsausschüsse“ sozialer Milieus entstanden (Lepsius 1966). Bis in das 20. Jahrhundert hinein war eine Reihe verschiedener Spannungslinien einflussreich (Winkler 2002). Seit dem Zweiten Weltkrieg sind allerdings nur noch zwei von erheblicher Bedeutung für Parteiensystem und individuelles Wahlverhalten: das sozioökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage. Das sozioökonomische Cleavage resultierte aus dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital und führte dazu, dass Arbeiter bevorzugt die SPD oder linke Abspaltungen von ihr wählten, während sich Kapitaleigner eher ökonomisch konservativen Parteien zuwandten. Das religiös-konfessionelle Cleavage wurzelt in der Auseinandersetzung zwischen dem preußisch-protestantischen Staat einerseits und den als ultramontan verdächtigten Katholiken. An der Wahlurne schlug er sich darin nieder, dass sich Katholiken in ihrer

großen Mehrzahl für das Zentrum entschieden. In Westdeutschland knüpfte die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg unmittelbar an ihre Tradition als Arbeiterpartei an, während die Unionsparteien weitgehend das Erbe des katholischen Zentrums antraten, ohne sich freilich damit zu begnügen, eine katholische Interessenvertretung zu sein. Stattdessen gründete sie sich als überkonfessionelle Union. Diese Veränderung auf der politischen Eliteebene mag dazu beigetragen haben, dass sich das einstmals konfessionelle Cleavage in Richtung eines religiös-konfessionellen wandelte.

Die Bedingungen für cleavage-bezogenes Wahlverhalten haben sich nicht nur in dieser Hinsicht verändert. Die Literatur weist darauf hin, dass die gesellschaftlichen Gruppen, die für diese beiden Konflikte relevant sein könnten, geschrumpft sind. Der Anteil der Arbeiterschaft an der Bevölkerung sei deutlich zurückgegangen, ebenso derjenige der (gläubigen) Christen und speziell der Katholiken. Ebenso habe die gewachsene soziale und geographische Mobilität zu einer Erosion einstmals fest gefügter sozialer Milieus geführt, das Gruppenbewusstsein geschwächt und die Einhaltung der Gruppennorm, für eine bestimmte Partei zu stimmen, unterhöhlt (vgl. etwa Weßels 1994; de Graaf et al. 1995; Nieuwebeerta et al. 2000). Mit Blick auf den sozioökonomischen Konflikt wird darauf verwiesen, dass die SPD mit ihrem Godesberger Programm 1959 einen inhaltlichen Wandel von der Klassenpartei zur linken Volkspartei durchlaufen habe, und der Wohlstand in der alten Bundesrepublik beinahe kontinuierlich gewachsen sei. Auch diesen Entwicklungen wird eine abschwächende Wirkung auf die politische Prägekraft der Gruppenzugehörigkeit zugeschrieben, da scharf konturierte, auf Gruppeninteressen zugeschnittene Parteiprogramme sowie eindeutige Interessenlagen und Interessengegensätze in einer Gesellschaft Cleavage-Wahlverhalten begünstigten (etwa Franklin et al. 1992; Elff 2002, 2004).

Vor diesem Hintergrund setzte eine lebhaft wissenschaftliche Diskussion darüber ein, wie sich die politische Prägekraft der Gruppenzugehörigkeit auf das Wahlverhalten entwickelt habe. Sie mündete zwar nicht in einen einhelligen Konsens. Gleichwohl kann man festhalten, dass in der alten Bundesrepublik trotz mancher Verschiebungen auch noch Ende der achtziger Jahre die Zugehörigkeit zu den Cleavage-Gruppen einen Teil des Wahlverhaltens zu erklären vermochte, wenngleich der Erklärungsbeitrag absolut betrachtet durchaus bescheiden war (vgl. etwa Schnell/Kohler 1995; Müller 1998; Jagodzinski/Quandt 2000; Weßels 2000; Schoen 2005).

Ganz anders sah die Lage in Ostdeutschland aus. Hier war der politische Wettbewerb nicht nur – wie im Westen – zwischen 1933 und 1945, sondern auch nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesetzt gewesen. Das DDR-Regime hatte innergesellschaftliche Interessengegensätze zugunsten der ideologischen Formel, es handele sich um einen Arbeiter- und Bauernstaat, geleugnet. Auch hatte das Regime eine Entchristianisierungspolitik betrieben. Echter Parteienwettbewerb fand zwischen der SED und den Blockparteien nicht statt, die Wahlen genügten keineswegs demokratischen Maßstäben. Unter diesen Bedingungen konnten sich die traditionellen Muster des Wählerverhaltens nur schlecht erhalten. Geradezu folgerichtig mag es daher erscheinen, dass die Volkskammerwahl wie auch die Bundestagswahl 1990 in Ostdeutschland gehörige Überraschungen brachten: Während in den alten Bundesländern die Arbeiterschaft bevorzugt für die SPD stimmte, entschied sie sich in den

neuen Ländern überproportional häufig für die CDU. Im Vergleich dazu entfaltete die religiös-konfessionelle Spannungslinie eher erwartete Wirkungen, da in den alten wie in den neuen Ländern praktizierende Christen und dabei vor allem Katholiken deutlich häufiger als andere Bürger für die Unionsparteien stimmten.

Mittlerweile sind seit der Wiedervereinigung und der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl anderthalb Jahrzehnte vergangen, was die Frage aufwirft, wie sich die Erklärungskraft des Cleavage-Ansatzes seitdem bei Bundestagswahlen entwickelt hat. Diese Frage zu klären ist Ziel dieses Beitrages. Ganz wesentlich werden wir uns mit der Entwicklung der Erklärungskraft des Cleavage-Ansatzes über die Zeit beschäftigen. Der gesellschaftliche Wandel, dem eine negative Wirkung auf sozialstrukturell bestimmtes Wahlverhalten zugeschrieben wird, ist fortgeschritten. Die Zahl der praktizierenden Christen ist ebenso geschrumpft wie die der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsmitglieder. Auch spricht nichts dafür, dass regionale und soziale Mobilität abgenommen hätten. Beide Trends sollten zu einer kontinuierlichen Abschwächung der Prägekraft der Gruppenzugehörigkeit führen.

Auf der Ebene der politischen Eliten sind im hier betrachteten Zeitraum ebenfalls signifikante Veränderungen zu erkennen. Besonders augenfällig ist dies bei der SPD. 1998 warb sie mit dem Slogan „Innovation und Gerechtigkeit“ gerade auch um die Stimmen von Bürgern, die nicht ihrer klassischen Klientel zuzurechnen sind, was mit dem Schlagwort „neue Mitte“ umschrieben wurde. Im Erfolgsfalle hätte diese Strategie eine Abschwächung des Cleavage-Effekts nach sich ziehen können. Nachdem die Faszination für die „neue Mitte“ zwischenzeitlich nachgelassen hatte, begann die Regierung unter Gerhard Schröder unter der Überschrift „Agenda 2010“ damit, einige sozialstaatliche Regelungen erheblich zu verändern. Diese Politik wurde nicht zuletzt von vielen Gewerkschaftern harsch kritisiert, setzte die SPD einer Zerreißprobe aus und führte sogar zu Linksabsplattungen von der Sozialdemokratie. Diese Abkehr vom als traditionell sozialdemokratisch geltenden Kurs könnte dazu geführt haben, dass die SPD bei der Bundestagswahl 2005 speziell in ihrer klassischen Klientel der (gewerkschaftsnahen) Arbeiter an Zustimmung verloren hat. Im Ergebnis hätte typisches Cleavage-Wahlverhalten seltener werden müssen, zumal ja die Linksabsplattungen von der SPD selbst für den Bundestag kandidierten (siehe hierzu etwa Schoen/Falter 2005).

Im Hinblick auf das religiös-konfessionelle Cleavage sind auf der Eliteebene keine einschneidenden inhaltlich-politischen Kursänderungen zu verzeichnen. Gleichwohl könnte die Kanzlerkandidatur Angela Merkels im Jahr 2005 dazu geführt haben, dass sich die Prägekraft der religiös-konfessionellen Scheidelinie auf das Wahlverhalten abgeschwächt hat. Denn Katholiken könnten die Tatsache, dass eine protestantische Frau für das Kanzleramt kandidierte, zum Anlass genommen haben, nicht wie sonst für die Unionsparteien zu stimmen, die vorher mit der Ausnahme Ludwig Erhards mit katholischen Männern als Kanzlerkandidaten in Bundestagswahlen gezogen waren. Da wir auf Seiten der religiös-konfessionellen Spannungslinie nur diesen einen Fall eines relevanten Ereignisses auf der Eliteebene identifiziert haben, ist zudem im Vergleich zum sozioökonomischen Konflikt mit weniger Schwankungen in der Erklärungskraft der Gruppenzugehörigkeit zu rechnen.

Bislang haben wir die Entwicklung der politischen Prägekraft der Cleavages seit 1990 diskutiert, ohne zwischen den alten und den neuen Bundesländern zu unterscheiden. Gerade der innerdeutsche Vergleich wirft jedoch eine hochinteressante Frage auf, nämlich danach, ob es zu einer Angleichung der Erklärungskraft des Cleavage-Ansatzes gekommen ist. Ein Argument in der Diskussion geht davon aus, dass sich die anfänglichen Unterschiede zwischen beiden Landesteilen einebnen würden, wenn Ost- und Westdeutsche nur lange genug unter ähnlichen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen gelebt hätten. Beispielsweise würden ostdeutsche Arbeiter mit der Zeit und unter dem Einfluss von Gewerkschaften und Parteien lernen, dass sie für die SPD stimmen müssten. Dieser Normalisierungsthese kann man freilich entgegenhalten, dass sich das Parteienangebot wegen der Linkspartei/PDS in den neuen Ländern deutlich von jenem in den alten unterscheidet. Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass langfristige Parteibindungen, die das Wahlverhalten der Cleavage-Gruppen in den alten Bundesländern wesentlich prägen und stabilisieren, in den neuen Ländern weitaus weniger verbreitet sind und, wenn überhaupt, sich erst in längerer Frist entwickeln könnten (zu dieser Diskussion Arzheimer/Falter 2005).

3. Daten und Methoden

Unsere Analysen des Cleavage-Wahlverhaltens stützen sich für die Wahlen 1994-2002 auf die Querschnittsdaten aus dem DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ unter der Leitung von Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger. Sie wurden in mündlich-persönlichen Interviews einige Wochen vor und nach der jeweiligen Wahl erhoben (ZA-Nr. 3064, 3861). Für die Wahl 2005 verwenden wir Daten aus dem DFG-Projekt „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ unter Leitung von Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle (ZA-Studiennummer: 4332). Sie stammen ebenfalls aus einer mündlichen Befragung, wurden jedoch nur nach der Bundestagswahl 2005 erhoben.

Um zu prüfen, inwieweit das Cleavage-Modell bei diesen vier Bundestagswahlen etwas dazu beitragen kann, das Stimmverhalten zu erklären, haben wir das Wahlverhalten mit Hilfe multinomialer logistischer Regressionsmodelle auf Variablen regredierte, die geeignet sind, die Zugehörigkeit zu Cleavage-Gruppen zu erfassen. Das Wahlverhalten wird für Vorwahlbefragte mit der geäußerten Wahlabsicht abgebildet, für Nachwahlrespondenten mit der rückerinnerten Wahlentscheidung. Zwar bestehen durchaus berechtigte Zweifel an der Validität beider Instrumente, doch sind sie die beste Annäherung an das tatsächliche Wahlverhalten, die sich mit Umfragen zu einer großen Zahl von Themen erzielen läßt. In bezug auf das religiös-konfessionelle Cleavage berücksichtigen wir zum einen die Konfessionszugehörigkeit. Wir bilden für Katholiken und Protestanten jeweils eine Dummy-Variable. Zum anderen verwenden wir die Kirchengangshäufigkeit als Indikator für die Kirchenbindung der Befragten, die ihre Angaben auf einer siebenstufigen Skala unterscheiden konnten.

Um die Wirkung des sozioökonomischen Cleavages auf das Wahlverhalten zu untersuchen, berücksichtigen wir zum einen die Gewerkschaftsmitgliedschaft, die häufig als Indikator für die Internalisierung bestimmter politischer Grundorientierungen sowie für Kontakte mit Menschen, die diese Orientierungen verinnerlicht haben, betrachtet werden. Daneben berücksichtigen wir die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft, wobei wir zwei Varianten verwenden. Eine Variable erfasst, ob eine Person ihrem Berufsstatus nach Arbeiter ist. Dieser objektiven, sozialstatistischen Zuordnung stellen wir eine Variable gegenüber, die angibt, ob sich ein Befragter als Angehöriger der Arbeiterschicht fühlt. Beide Abgrenzungen führen zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen. In den alten Bundesländern sehen sich zwischen 1994 und 2005 rund ein Drittel der objektiven Arbeiter nicht als Mitglied der Arbeiterschicht, besitzen also in marxistischer Lesart ein falsches Bewusstsein. Umgekehrt fühlen sich im gleichen Zeitraum knapp zwanzig Prozent derjenigen, die nach dem Berufsstatus nicht Arbeiter sind, der Arbeiterschicht zugehörig. In den neuen Bundesländern treten ebenfalls deutliche Diskrepanzen auf, die jedoch etwas anders geartet sind. Während sich „nur“ bis zu einem Viertel der Arbeiter nicht der Arbeiterschicht zurechnet, sehen sich mindestens ein Drittel bis zu beinahe der Hälfte derjenigen, die ihrem Berufsstatus nach nicht Arbeiter sind, als Mitglieder der Arbeiterschicht (tabellarisch nicht ausgewiesen). Die innerdeutschen Differenzen in der Überlappung von objektivem Arbeiterstatus und subjektiver Schichtzuordnung dürften damit zusammenhängen, dass Ost- und Westdeutsche vor 1989 in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen lebten, wobei die DDR als „Arbeiter- und Bauernstaat“ eine ausgeprägte Affinität zur Arbeiterschicht gefördert haben dürfte, während die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) der alten Bundesrepublik eine subjektive Zuordnung zur Mittelschicht anstelle der Arbeiterschicht begünstigt haben dürfte. Unabhängig von ihrer konkreten Ausprägung sprechen die Abweichungen zwischen objektivem und subjektivem Arbeiterstatus dafür, dass beide Variablen Unterschiedliches erfassen und daher beide Varianten in die Analysen einbezogen werden sollten. Dabei ist damit zu rechnen, dass der objektive Arbeiterstatus das Wahlverhalten weniger im Sinne des Cleavage-Ansatzes prägt als die subjektive Schichtzugehörigkeit, da letztere dafür spricht, dass eine Person „arbeitertypische“ Werthaltungen und Normen verinnerlicht hat, wie sie Lipset/Rokkan (1967) zumindest stillschweigend voraussetzten.¹

4. Empirische Ergebnisse

Die Analyse des Cleavage-Wahlverhaltens wurde getrennt für Ost- und Westdeutschland durchgeführt, da die unterschiedlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen in beiden Landesteilen nicht identische Verhaltensmuster erwarten lassen. Um Ähnlichkeiten und Unterschiede untersuchen zu können, haben wir die Analysen so weit wie möglich parallel aufgebaut. Allerdings unterscheidet sich das Parteiangebot in den neuen Ländern von jenem in den alten. Während in den alten Ländern Union und SPD den Parteienwettbewerb noch immer als deutlich größte,

¹ Unsere Analyse kann aus Platzgründen nur das Wahlverhalten untersuchen, nicht jedoch andere Aspekte des Cleavage-Konzepts (vgl. etwa Bartolini/Mair 1990: 216-225; Schoen 2005: 145-151).

wenngleich geschrumpfte Parteien dominieren, ist die PDS in den neuen Ländern eine dritte Partei mit erheblicher Anziehungskraft. Anders als in den Analysen zu den alten Ländern haben wir in den Auswertungen zu den neuen Ländern die PDS explizit als eigenständige Wahlmöglichkeit berücksichtigt.

4.1 *Das sozioökonomische Cleavage*

Wir beginnen unsere Darstellung mit der Wirkung der sozioökonomischen Konfliktlinie auf das Wahlverhalten in Westdeutschland. Tabelle 1 zeigt die Schätzungen für ein multinomiales Modell der Cleavage-Wahl in den alten Bundesländern mit der subjektiven Schichtzugehörigkeit. Im Sinne einer möglichst sparsamen Modellierung wurden die Befragten dafür in drei Gruppen zusammengefaßt: (1) die Wähler der beiden Unionsparteien, (2) die Wähler der SPD und (3) alle übrigen wahlberechtigten Personen einschließlich derer, die angaben, sich nicht an der Wahl beteiligt oder eine ungültige Stimme abgegeben zu haben. Dieser letztgenannte Personenkreis bildet die Referenzgruppe. Die Koeffizienten in der Tabelle entsprechen dem Effekt der betreffenden Variable auf den Logit der Wahrscheinlichkeit, dass ein Befragter für Union bzw. SPD stimmt, statt sich für eine der anderen Handlungsoptionen zu entscheiden.

Tabelle 1: Die Wirkung der traditionellen Cleavages auf das Wahlverhalten in Westdeutschland, Union und SPD, 1994-2005

	1994	1998	2002	2005
Union				
Arbeiter (subj.)	-0,35 ^a	0,14	-0,03	-0,49 ^b
Gewerkschaft	0,45 ^a	-0,30	-0,14	-0,10
Protestanten	0,38	-0,06	0,03	-0,13
Katholiken	0,52	0,04	0,69 ^a	-0,00
Kirchgang	0,36 ^c	0,34 ^c	0,30 ^c	0,31 ^c
Konstante	-0,67 ^c	-0,30	-0,45 ^a	-0,68 ^b
SPD				
Arbeiter (subj.)	0,19	0,69 ^c	0,27	-0,17
Gewerkschaft	0,66 ^b	0,38	0,73 ^c	0,70 ^b
Protestanten	0,64 ^b	0,61 ^b	0,33	0,31
Katholiken	0,02	0,16	0,39	-0,28
Kirchgang	0,10	0,03	0,04	0,08
Konstante	-0,21	-0,08	-0,22	-0,26
N	1559	1732	1713	1448

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Wie sich den Ergebnissen in Tabelle 1 entnehmen läßt, entfaltet die subjektive Schichtzuschreibung durchaus einige Wirkungen auf das Wahlverhalten in Westdeutschland. Personen, die sich als Arbeiter einstufen, entschieden sich, vor die Wahl zwischen SPD und Union gestellt, mit Ausnahme der Wahl 2005 signifikant häufiger für erstere (Tabelle 2). 1998 steigerte die Wahrnehmung, zur Arbeiterschicht zu gehören, auch die Wahrscheinlichkeit, sich für die SPD und gegen eine

kleine Partei und die Wahlabstinz zu entscheiden. Die gleiche Perzeption reduzierte 1994 und 2005 die Chancen, dass eine Person für die Unionsparteien votierte, anstatt der Wahl fernzubleiben oder eine kleine Partei zu wählen.

Um die Wirkung der Wahrnehmung, zur Arbeiterschicht zu gehören, auf die Wahlentscheidung zu veranschaulichen, haben wir aus den Ergebnissen der multinomialen logistischen Regression in Tabelle 1 erwartete Wahrscheinlichkeiten für bestimmte Personengruppen berechnet. Um möglichst aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, haben wir uns für die größte Gruppe entschieden, nämlich die Protestanten, die einmal pro Jahr den Gottesdienst besuchen. Wie Tabelle 2 zu entnehmen ist, geht von dem Merkmal „Arbeiter“ auf die Wahl der SPD ein klar erkennbarer positiver Effekt aus. Allerdings ist er häufig relativ schwach, vor allem aber bei der Wahl 2005. Bei drei von vier Wahlen zeigt sich darüber hinaus ein deutlicher negativer Effekt auf die Wahrscheinlichkeit, daß ein Befragter für die Union stimmt. Insgesamt spielt die subjektive Schichtzugehörigkeit durchaus eine Rolle bei der Wahlentscheidung.

Tabelle 2: Differenz zwischen den Wirkungen der unabhängigen Variablen auf die Wahl zwischen Union und SPD in Westdeutschland (Grundlage: Tabelle 1)

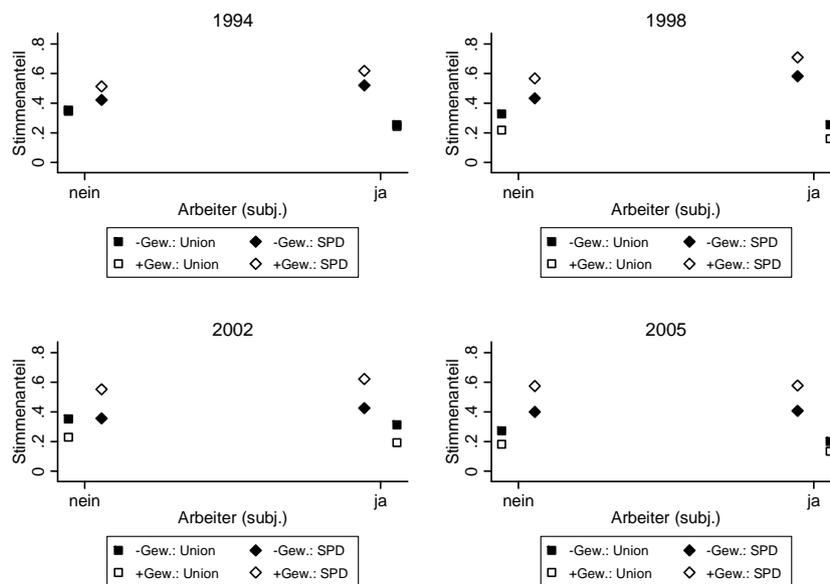
	Arbeiter (subj.)	Arbeiter (obj.)	Gewerk- schaft	Protest- anten	Katho- liken	Kirch- gang
1994	-0,53 ^a	-0,18	-0,21	-0,26	0,50	0,27 ^a
1998	-0,55 ^a	-0,24	-0,68 ^a	-0,67 ^a	-0,12	0,31 ^a
2002	-0,30 ^a	-0,07	-0,87 ^a	-0,30	0,29	0,26 ^a
2005	-0,32	-0,67 ^a	-0,77 ^a	-0,43	0,28	0,23 ^a

Anmerkung: Die Ergebnisse zu den Merkmalen „Gewerkschaft“ bis „Kirchgang“ beziehen sich auf die Analysen mit der subjektiven Schichtzuschreibung. Signifikanzen: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Die Ergebnisse für die subjektive Schichtzugehörigkeit unterscheiden sich nur tendenziell von jenen für den objektiven Berufsstatus.² Bei den Wahlen 1994 bis 2002 bestätigt sich in der Tendenz unsere obige Vermutung, der objektive Status sei weniger erklärungskräftig als die subjektive Zuschreibung, da das Gefühl, zur Arbeiterschicht zu gehören, eher als der bloße Arbeiterstatus Normen, Werte und Einstellungen beeinflussen sollte. Bei der Wahl 2005 ist dieses Muster nicht zu beobachten, in diesem Fall differenziert der objektive Arbeiterstatus etwas stärker zwischen SPD- und Unionswahl als die subjektive Schichtzugehörigkeit. Diese tendenzielle Abweichung könnte damit zusammenhängen, dass die SPD bei Personen, die sich der Arbeiterschaft zugehörig fühlen, wegen ihrer Sozialreformen auf relativ große Akzeptanzprobleme stieß. Allerdings sind die Differenzen zwischen beiden Operationalisierungen in keinem Fall statistisch signifikant, weshalb in Westdeutschland die Effekte des subjektiven und objektiven Arbeiterstatus auf das Wahlverhalten praktisch identisch sind.

² Die Logitkoeffizienten für SPD und Union lauten: 1994: 0,09; -0,08; 1998: 0,49^b; 0,25; 2002: 0,11; 0,04; 2005: 0,31; -0,36.

Abbildung 1: Die Wirkung von Gewerkschaftsmitgliedschaft und Selbstzuordnung zur Arbeiterschicht bei westdeutschen Protestanten, die einmal jährlich zur Kirche gehen



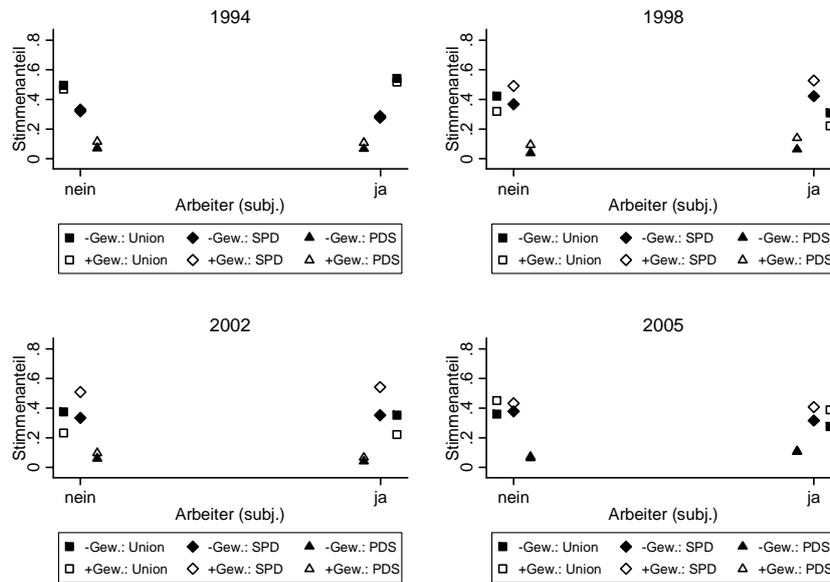
Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft beeinflusst das Wahlverhalten deutlich stärker als die (objektive oder subjektive) Schichtzugehörigkeit. Sie erhöht die Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahl gegenüber der Referenzgruppe stets substantiell. Bei drei von vier Wahlen ist dieser Zusammenhang auch statistisch signifikant; ein Abwärtstrend läßt sich nicht erkennen. Der Effekt auf die Wahl der Union (wiederrum verglichen mit der Referenzgruppe) ist hingegen bei allen Wahlen mit Ausnahme der von 1994 negativ, aber nicht signifikant. Der auf den ersten Blick rätselhaft Befund von 1994, wo die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft die Wahrscheinlichkeit der Unionswahl zu erhöhen scheint, geht mit großer Sicherheit auf ein Problem mit der Kodierung der Variablen zurück.³ Dementsprechend ist auch die Differenz zwischen den Effekten für die Wahl von Union und SPD stets negativ und bis auf den Fall der Bundestagswahl von 1994 signifikant.

In Abbildung 1 läßt sich der Effekt der Gewerkschaftsmitgliedschaft auf die Wahlchancen der SPD an der vertikalen Distanz zwischen der hohlen und der gefüllten rautenförmigen Markierung ablesen. Bei allen Wahlen und sowohl bei den Arbeitern als auch bei den übrigen Befragten werden hier Differenzen von etwa zehn bis zwanzig Prozentpunkten geschätzt. Auch ist ein negativer Effekt der Gewerk-

³ In dieser Erhebungswelle wurde erfragt, ob die Befragten einer Gewerkschaft *oder* einem Berufsverband angehören.

schaftsmitgliedschaft auf die Entscheidung zugunsten der Union bei den Wahlen 1998 bis 2005 zu erkennen, der jedoch deutlich schwächer ist, was sich an der geringeren vertikalen Distanz zwischen den hohlen bzw. gefüllten quadratischen Markierungen zeigt.⁴

Abbildung 2: Die Wirkung von Gewerkschaftsmitgliedschaft und Selbstzuordnung zur Arbeiterschicht bei ostdeutschen Protestanten, die einmal jährlich zur Kirche gehen



In den neuen Bundesländern begünstigte bei der Wahl 1994 das Gefühl, zur Arbeiterschicht zu gehören, tendenziell die CDU-Wahl auf Kosten der SPD wie der PDS. Bei diesem auf den ersten Blick kontraintuitiven Ergebnis dürfte es sich um ein Überbleibsel der in der Vereinigungszeit entstandenen Partesymphathien handeln. Denn bei der Wahl 1990 wurde die CDU nicht nur stärkste Kraft in den neuen Ländern, sondern schnitt sowohl bei den Arbeitern als auch in der Gesamtbevölkerung besser ab als SPD und PDS (vgl. etwa Falter 1992). Allerdings änderte sich dies bei der folgenden Wahl. 1998 profitierten SPD und PDS deutlich auf Kosten der CDU von der Selbstzuschreibung „Arbeiterschicht“. Auch dabei handelte es sich jedoch um eine vorübergehende Erscheinung, da 2002 keine Wirkung mehr festzustellen war. Ein neues Muster zeichnete sich schließlich bei der Wahl 2005 ab. Nun war es für die Wahlentscheidung zwischen CDU und SPD unerheblich, ob sich jemand als

⁴ Der Umstand, dass die SPD in Abbildung 1 bei den nicht gewerkschaftlich gebundenen Personen außerhalb der Arbeiterschaft bei der Wahl 2005 vor der Union liegt, deutet auf Validitätsprobleme der Rückerinnerungsfrage oder bei der Stichprobenziehung hin.

Arbeiter fühlte. Jedoch entschieden sich Personen, die sich der Arbeiterschicht zuordneten, signifikant häufiger für die PDS (oder eine kleine Partei oder die Nichtwahl) zu Lasten von CDU und SPD. Damit hat sich die Frontstellung im Vergleich zur Bundestagswahl 1998 deutlich geändert. Es liegt nahe, diesen Befund mit der Kampagne der PDS gegen die Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder und dem angestrebten Zusammenschluß mit der WASG in Verbindung zu bringen, der es ihr erlaubte, ihr Wählerprofil zu ändern (vgl. Schoen/Falter 2005). Wie dauerhaft dieses Muster im Wahlverhalten sein wird, bleibt abzuwarten. Zudem ist die substantielle Bedeutung des Zusammenhangs relativ gering, wie sich aus Tabelle 3 ablesen läßt.

Tabelle 3: Die Wirkung der traditionellen Cleavages auf das Wahlverhalten in Ostdeutschland, Union, SPD und PDS, 1994-2005

	1994	1998	2002	2005
Union				
Arbeiter (subj.)	0,07	-0,49	-0,14	-0,73 ^b
Gewerkschaft	-0,01	0,25	-0,09	1,51 ^a
Protestanten.	1,40 ^c	0,01	-0,41	0,90
Katholiken.	1,34 ^a	2,64 ^a	0,10	1,48 ^a
Kirchgang	-0,05	0,28	0,31 ^a	0,04
Konstante	0,30	0,22	0,25	-0,36
SPD				
Arbeiter (subj.)	-0,17	-0,05	-0,03	-0,64 ^b
Gewerkschaft	0,01	0,82 ^a	0,81 ^a	1,42 ^a
Protestanten	0,65	0,40	-0,14	0,72
Katholiken	0,36	1,85	-0,49	0,73
Kirchgang	-0,08	-0,18	-0,07	-0,14
Konstante	0,66 ^c	0,71 ^c	0,64 ^b	0,22
PDS				
Arbeiter (subj.)	-0,11	0,29	-0,48	-0,06
Gewerkschaft	0,53 ^a	1,40 ^c	0,88 ^a	1,16
Protestanten	-0,08	-0,77	-1,39 ^a	-1,02
Katholiken	-0,69	1,12	-0,29	-0,50
Kirchgang	-0,24	-0,31	-0,00	0,10
Konstante	0,16	-0,12	0,01	-0,19
N	1598	810	796	761

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Ein wenig anders stellt sich die Sachlage dar, wenn man anstelle der subjektiven Schichtzugehörigkeit den objektiven Arbeiterstatus als Indikator verwendet (Tabelle 4). In diesem Fall tendierten Arbeiter 1994 zur CDU auf Kosten von SPD und PDS, 1998 entschieden sie sich tendenziell zu Lasten von CDU und PDS für die SPD. Bei der Wahl 2002 begünstigte der Arbeiterstatus die CDU-Wahl zu Lasten von SPD und PDS. Schließlich musste 2005 die CDU zugunsten der SPD wie der PDS erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen. Wählt man den objektiven Arbeiterstatus als Maßstab, so verliefen 2005 in Ostdeutschland die Fronten anders als bei der subjektiven Schichtzugehörigkeit, nämlich zwischen der Union einerseits und SPD und

PDS andererseits.⁵ Diese Diskrepanz zu den vorher berichteten Ergebnissen deutet darauf hin, dass Personen, die sich als Teil der Arbeiterschicht sehen, in den neuen Ländern generell eine stärkere Affinität zur PDS haben als Personen, die ihrem Berufsstatus nach Arbeiter sind. Wie wir eingangs sahen, deklarieren sich in den neuen Ländern relativ viele Personen entgegen ihrem Berufsstatus als Arbeiter. Zu dieser Selbstwahrnehmung dürfte es nicht zufällig kommen, vielmehr dürften sich bevorzugt Menschen in dieser Weise als „Arbeiter“ betrachten, die eine besondere Affinität zum untergegangenen „Arbeiter- und Bauernstaat“ DDR und seiner Partei, der SED, sowie deren Nachfolgerin, der Linkspartei/PDS aufweisen.⁶ Dieser plausiblen Vermutung kann hier allerdings nicht weiter nachgegangen werden.

Tabelle 4: Differenz zwischen den Wirkungen der unabhängigen Variablen auf die Wahl zwischen Union, SPD und PDS (Grundlage: Tabelle 3)

	Arbeiter (subj.)	Arbeiter (obj.)	Gewerkschaft	Protest- anten	Katho- liken	Kirchgang
Union- SPD						
1994	0,24	0,37 ^a	-0,02	0,69 ^a	0,98 ^a	0,03
1998	-0,44 ^a	-0,27	-0,57	-0,30	0,78	0,47 ^a
2002	-0,11	0,36	-0,90 ^a	-0,27	0,58	0,39 ^a
2005	-0,09	-0,58	0,09	0,17	0,75	0,18
Union- PDS						
1994	0,18	0,67 ^c	-0,54 ^a	1,42 ^a	2,02 ^a	0,19
1998	-0,78 ^b	0,03	-1,15 ^a	0,87	1,52	0,59 ^a
2002	0,34	0,71 ^a	-0,97 ^a	0,98	0,39	0,32
2005	-0,67 ^a	-0,71	0,34	1,91 ^a	1,97 ^a	-0,06
SPD-PDS						
1994	-0,06	0,29	-0,52 ^a	0,73	1,04	0,16
1998	-0,34	0,30	-0,58 ^a	1,17 ^a	0,74	0,13
2002	0,45	0,35	-0,08	1,25 ^a	-0,20	-0,07
2005	-0,58 ^a	-0,13	0,25	1,74 ^a	1,23	-0,24

Anmerkung: Die Ergebnisse zu den Merkmalen „Gewerkschaft“ bis „Kirchgang“ beziehen sich auf die Analysen mit der subjektiven Schichtzuschreibung. Signifikanzen: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Unabhängig von dieser Frage stimmen die Ergebnisse der beiden Analysevarianten insoweit überein, als sie zeigen, dass die kontraintuitiven Stimmverhaltensmuster aus den frühen neunziger Jahren, die die CDU als ostdeutsche Arbeiterpartei erscheinen ließen (Dalton/Bürklin 1995), der Vergangenheit angehören. Die Arbeiter haben sich – wohl infolge mancher Enttäuschung im Vereinigungsprozeß und den Folgejahren – von der CDU abgewandt und bevorzugt nun traditionelle linke Par-

⁵ Dabei ist allerdings zu beachten, daß 2005 nur der gegenwärtig ausgeübte Beruf abgefragt wurde. Die Analysen, die den objektiven Berufsstatus zugrundelegen, stützen sich deshalb auf sehr kleine Fallzahlen.

⁶ Nicht umsonst firmierte in der DDR der klassische Angestelltenberuf der Bürokratie als „Facharbeiter für Schreibechnik“. Erhellend ist in diesem Zusammenhang auch, daß der frühere Partei- und heutige Fraktionsvorsitzende Gysi noch im aktuellen Bundestagshandbuch seinen Beruf als „Facharbeiter für Rinderzucht, Diplom-Jurist, seit 1971 tätig als Rechtsanwalt“ angibt.

teien. Insoweit hat eine Angleichung an das westdeutsche Muster stattgefunden. Allerdings unterscheidet sich das ostdeutsche Wahlverhalten vom westdeutschen insoweit, als in den neuen Ländern SPD und PDS profitierten, wobei letztere stärker selbstdeklarierte Arbeiter ansprechen konnte, die für sozialistische Ideen generell relativ aufgeschlossen sein dürften. Wenngleich diese Vermutung mit früheren Arbeiten in Einklang steht, bleibt sie zunächst eine Spekulation, da sie an dieser Stelle nicht näher untersucht werden kann.

Eine Gewerkschaftsmitgliedschaft begünstigte 1994 tendenziell die PDS zu Lasten von CDU und SPD. 1998 steigerte die Gewerkschaftsbindung die Wahrscheinlichkeit einer SPD- und einer PDS-Wahl, dagegen entschieden sich Gewerkschaftsmitglieder in Ostdeutschland unterdurchschnittlich häufig für die CDU, eine kleine Partei oder die Wahlenthaltung. Allerdings verrät der signifikant negative Koeffizient in Tabelle 4 auch, dass die PDS stärker als die SPD von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft profitierte. Dieser Effekt war bei der Wahl 2002 nicht mehr festzustellen. Nun profitierten SPD und PDS gleichermaßen von einer Gewerkschaftsbindung, während Gewerkschaftsmitglieder die CDU, kleine Parteien und die Wahlenthaltung eher mieden. Bei der Wahl 2005 schließlich blieb die Gewerkschaftsmitgliedschaft ohne Wirkung auf die PDS-Wahl. Dagegen steigerte sie die Wahrscheinlichkeit, für die CDU oder die SPD zu stimmen, ohne dass ein Unterschied zwischen beiden Parteien erkennbar wäre.⁷ Bemerkenswert und für die SPD beunruhigend ist dabei die Tatsache, dass sie anders als noch 1998 und 2002 unter den Gewerkschaftsmitgliedern nicht mehr eindeutig die relative Mehrheit für sich verbuchen konnte.

Tabelle 5: Die Wirkung des Arbeiterstatus auf das Wahlverhalten in Ostdeutschland, Union, SPD und PDS, 1994-2005

	1994	1998	2002	2005
Union: Arbeiter	0,12	-0,40	-0,07	-0,45
SPD: Arbeiter	-0,25	-0,13	-0,43	0,13
PDS: Arbeiter	-0,54 ^b	-0,43	-0,78 ^b	0,26
N	1556	792	732	339

Anmerkung: Neben dem Arbeiterstatus wurden dieselben Variablen wie in den vorher berichteten Analysen einbezogen, doch berichten wir aus Platzgründen nur die Effekte des Arbeiterstatus. Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Insgesamt spricht die empirische Evidenz somit für einen fortwährenden Einfluß der sozioökonomischen Konfliktlinie auf das Wahlverhalten in Westdeutschland. Dabei ist die gewerkschaftliche Bindung für das Wahlverhalten in der Regel wesentlich wichtiger als die Schichtzugehörigkeit, wobei zu beachten ist, dass der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder am Elektorat stetig zurückgeht. Zugleich erweisen sich die Effekte über die vier Wahlen hinweg als relativ stabil. Dies mag erstaunen, wenn man bedenkt, dass die SPD im hier betrachteten Zeitraum manche programmatische Neuerung – 1998 entdeckte sie die „neue Mitte“, 2003 nahm sie die „Agenda 2010“

⁷ Diese Muster gelten unabhängig davon, ob der objektive oder subjektive Arbeiterstatus in die Analyse eingeht.

in Angriff – vornahm, die ihrer traditionellen Klientel Sorgen bereiten und bei ihr sonst eher fern stehenden Gruppen auf Zustimmung stoßen konnte. In Ostdeutschland verändern sich dagegen die Wirkungsmuster zwischen 1994 und 2005 merklich. Überdies können diese Veränderungen kaum als Annäherung an das klassische Cleavage-Muster interpretiert werden. Es ist nicht einmal erkennbar, dass sich ein bestimmtes und stabiles Muster herausbildete. Eher scheinen wahlspezifische Schwankungen vorzuliegen, die unter anderem davon beeinflusst scheinen, welche konkreten Themen die politische Diskussion vor einer Wahl bestimmen und wie sich die Gewerkschaften dazu positionieren. Wenngleich Schwankungen durchaus auch in Westdeutschland festzustellen sind, sind sie doch wesentlich weniger stark ausgeprägt. Folglich unterscheiden sich die Wirkungen auch in diesem weiteren Sinne zwischen beiden Landesteilen. Dies könnte zum einen daran liegen, dass Ost- und Westdeutsche von manchen Politiken, die Sozialstaat oder Arbeitsmarkt berühren, unterschiedlich betroffen werden. Zum anderen scheinen momentane Eindrücke von politischem Geschehen bei Ostdeutschen stärker als bei Westdeutschen auf das Wahlverhalten durchschlagen zu können, da sie seltener längerfristige Parteiloyalitäten besitzen, die die Wahrnehmung des politischen Geschehens gleichsam färben und die Wirkung situativer Eindrücke auf das Wahlverhalten abmildern können.⁸

4.2 *Das religiös-konfessionelle Cleavage*

Betrachten wir die Wirkung des religiös-konfessionellen Cleavages auf das Wahlverhalten in Westdeutschland, so werden rasch Einflußunterschiede zwischen der bloßen Konfessionszugehörigkeit und dem Kirchgang erkennbar. Wie die Ergebnisse in Tabelle 1 zeigen, trägt das Merkmal „Katholizismus“ bei keiner der vier betrachteten Wahlen etwas dazu bei, die Entscheidung zwischen Union und SPD signifikant zu beeinflussen. Ebenso wenig wird die Entscheidung zugunsten der SPD und gegen andere Parteien oder die Wahlabstinenz von der katholischen Konfession begünstigt. Ein Katholik zu sein begünstigt die Entscheidung zugunsten der Unionsparteien und gegen andere Parteien als die SPD und die Wahlenthaltung nur bei der Wahl 2002 signifikant. Dieser einmalige Effekt ist vermutlich zu einem großen Teil durch das überragende Ergebnis der CSU im überwiegend katholischen Bayern und damit indirekt durch die Kandidatur Edmund Stoibers zu erklären.

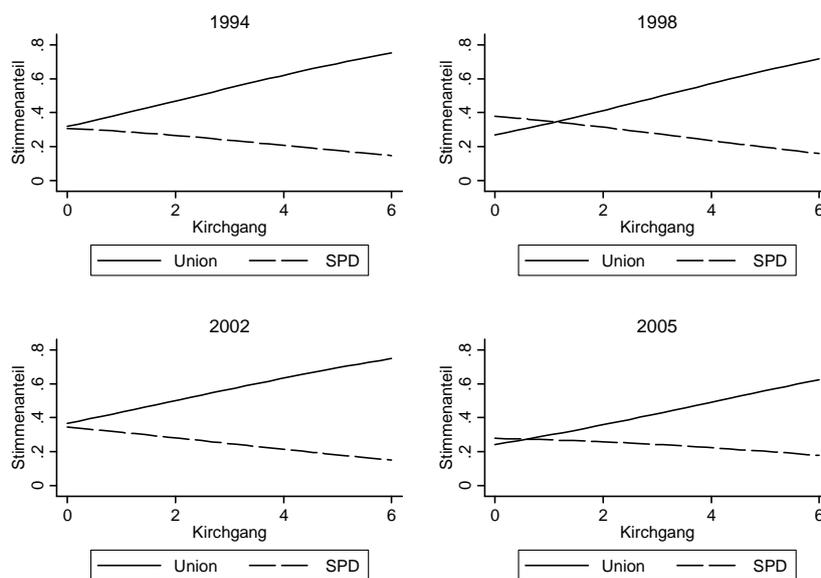
Etwas anders stellt sich die Wirkung der protestantischen Konfession dar. Wie die Ergebnisse in Tabelle 1 und 2 zeigen, steigerte die Eigenschaft, ein evangelischer Christ zu sein, die Wahrscheinlichkeit, sich für die SPD und gegen kleine Parteien oder die Nichtwahl zu entscheiden, 1994 und 1998 deutlich. 1998 begünstigte sie die Entscheidung gegen die Union und für die SPD erheblich. Soweit also die protestantische Konfession eine Wirkung hat, entscheiden sich Protestanten häufiger für die SPD. Damit bestätigt sich in unseren Analysen ein bekanntes Muster auch für die Bundestagswahlen 1994 bis 2005: Katholizismus fördert in Deutsch-

⁸ Dieses Ergebnis steht im Einklang mit Befunden, die zeigen, dass gerade die Angehörigen der klassischen Arbeiterschaft in den neuen Bundesländern in ihrem Wahlverhalten weit instabiler als ihre westdeutschen Pendanten sind und auch seltener langfristige Parteibindungen entwickelt haben (siehe etwa Arzheimer/Falter 2002; Schoen/Abold 2006; siehe auch NELLER/THAIDIGSMANN in diesem Band).

land eher die Wahl der Unionsparteien, Protestantismus eher eine Entscheidung für die SPD. Besonders deutlich wird dies, wenn man in Tabelle 2 die Differenzen zwischen den Effekten von Protestantismus und Katholizismus auf die Entscheidung zwischen Union und SPD berechnet: stets zeigen sie, dass – unter Kontrolle des Kirchgangs – in Westdeutschland Protestanten deutlich stärker als Katholiken zur SPD-Wahl neigen.⁹

Die Wirkung der Konfessionszugehörigkeit auf das Wahlverhalten steht jedoch deutlich im Schatten des Effekts, der vom Kirchgang ausgeht. Die Effektkoeffizienten in Tabelle 1 und 2 zeigen, dass regelmäßiger Gottesdienstbesuch die Wahrscheinlichkeit, sich für die Union und gegen die SPD, eine andere Partei oder die Wahlenthaltung zu entscheiden, bei allen vier betrachteten Wahlen ganz erheblich steigerte; ja, die Kirchgangshäufigkeit ist sogar der stärkste Einflussfaktor unter den allen hier untersuchten Merkmalen, übertrifft also auch die Gewerkschaftsmitgliedschaft deutlich.¹⁰ Um dies zu veranschaulichen, haben wir auf der Basis der multinomialen logistischen Regression in Tabelle 1 die erwarteten Wahrscheinlichkeiten für die Unions- und SPD-Wahl für eine bestimmte Konstellation von unabhängigen Variablen berechnet.

Abbildung 3: Der Effekt des Kirchgangs bei Katholiken, die keiner Gewerkschaft angehören und sich nicht als Angehörige der Arbeiterschicht betrachten, Westdeutschland, 1994-2005



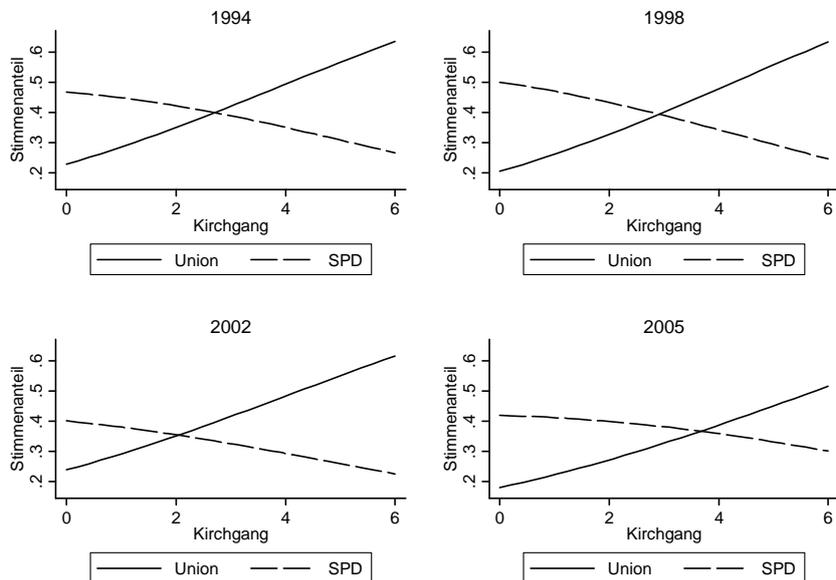
⁹ Im einzelnen ergeben sich folgende Differenzen: 1994: 0,75°; 1998: 0,55°; 2002: 0,59°; 2005: 0,71°.

¹⁰ Hier ist zu beachten, dass diese Variable auf einer siebenstufigen Skala gemessen wurde, während alle anderen Größen als Dichotomien kodiert wurden. Dementsprechend ist der maximale Effekt der Kirchgangshäufigkeit weitaus größer als der der übrigen Variablen.

Zunächst betrachten wir die Ergebnisse für die Gruppe der westdeutschen Katholiken, die sich selbst nicht der Arbeiterschicht zurechnen. Abbildung 3 zeigt bei allen vier Wahlen das nach der Cleavage-Theorie zu erwartende Muster: Bei solchen Katholiken, die nie oder sehr selten zur Kirche gehen, liegen beide Volksparteien annähernd gleich auf; 1998 ergab sich sogar ein klarer Vorsprung für die SPD. Mit zunehmender Intensität der Kirchenbindung steigt die Wahrscheinlichkeit der Unionswahl jedoch sehr stark an, während die Unterstützung für die SPD etwas langsamer absinkt.

Ähnlich, aber differenzierter, ist das Bild für die Gruppe der westdeutschen Protestanten, die sich selbst nicht der Arbeiterschicht zurechnen (Abbildung 4). Zunächst ist hier das Niveau der Unterstützung für die Union insgesamt erkennbar niedriger und das für die SPD höher als in der Gruppe der Katholiken, auch wenn die Differenzen auf der Ebene der Logits nicht signifikant sind. Obgleich er zunehmend von einem religiösen überlagert wurde, schimmert der konfessionelle Konflikt somit gelegentlich durch. Darüber hinaus ist die SPD hier in der Subgruppe der marginalen Kirchgänger klar die dominierende politische Kraft. Bei drei von vier Wahlen halten sich die jeweiligen Anhängerschaften von Union und SPD selbst bei solchen Menschen, die mehrmals im Jahr zur Kirche gehen in etwa die Waage; 2005 gilt dies selbst für Personen, die mindestens einmal im Monat zur Kirche gehen und damit klar als kirchennah gelten können.

Abbildung 4: Der Effekt des Kirchgangs bei Protestanten, die keiner Gewerkschaft angehören und sich nicht als Angehörige der Arbeiterschicht betrachten, Westdeutschland, 1994-2005



Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass gerade bei dieser Wahl die Unterstützung für die SPD kaum von der Intensität der Kirchenbindung beeinflusst wurde und die Sozialdemokraten auch bei solchen Personen, die wöchentlich oder noch häufiger am Gottesdienst teilnehmen, vergleichsweise gut abgeschnitten haben, während die Union in dieser Gruppe hinter den 1994-2002 erzielten Ergebnissen zurückgeblieben ist. Dies ist insofern erstaunlich, als die Union mit Angela Merkel ja erst zum zweiten Mal in ihrer Geschichte eine protestantische Kandidatin aufgestellt hatte, die durch ihre Vita überdies stärker als die meisten ihrer Vorgänger dem kirchlichen Milieu verbunden war. Es liegt nahe, diesen unerwarteten Befund auf die ideologische Positionierung der Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 zurückzuführen: Die Union verzichtete in ihrem Wahlprogramm weitgehend auf den Bezug zu christlichen Werten und stellte statt dessen „neo-liberale“, auf eine Regierungsbildung mit der FDP abgestimmte wirtschaftspolitische Grundsätze in den Vordergrund. Die SPD unter Schröder hingegen präsentierte sich in einer letzten programmatischen Volte als Bewahrerin des Sozialstaates und verwies im übrigen auf ihre Bilanz als „Friedensmacht“ im Nahost-Konflikt. Ohne die Möglichkeit weiterführender Analysen müssen diese Überlegungen jedoch im Bereich des Spekultativen verbleiben.

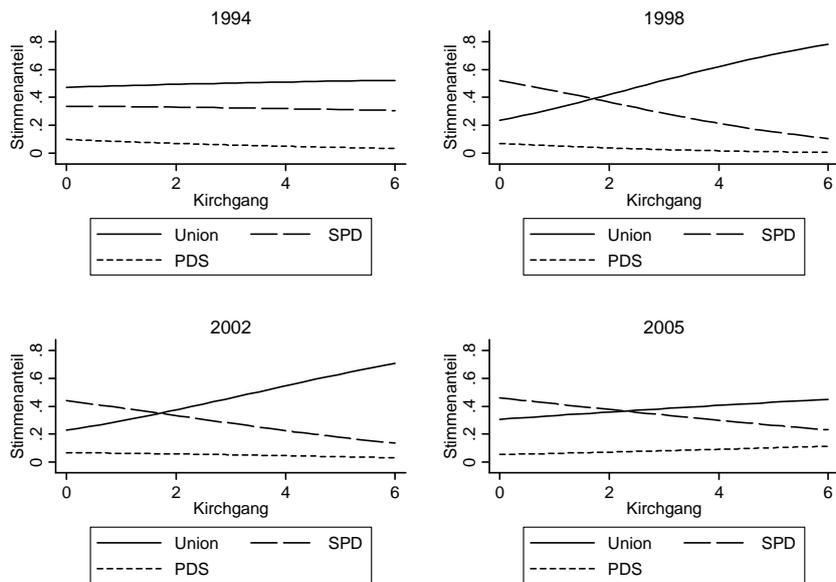
Alles in allem sprechen die Ergebnisse somit dafür, dass das religiös-konfessionelle Cleavage das Wahlverhalten der Westdeutschen bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005 durchaus erheblich beeinflusst hat. Im Vergleich zur Konfessionszugehörigkeit spielt die religiöse Praxis eine größere Rolle für das Wahlverhalten, womit unsere Ergebnisse bestätigen, dass diese Konfliktlinie an der Wahlurne zunehmend von einer konfessionellen zu einer religiösen geworden ist. Im hier betrachteten Zeitraum lassen sich trotz recht unterschiedlicher politischer Konstellationen und erheblicher Schwankungen in den Wahlergebnissen der Parteien keine Veränderungen ihrer Prägekraft auf das Stimmverhalten erkennen. Auch dieses Ergebnis steht im Einklang mit vorliegenden Analysen zu früheren Wahlen.

Auch in den neuen Bundesländern ist Wahlverhalten im Einklang mit dem Cleavage-Ansatz auf der religiös-konfessionellen Dimension zu erkennen. Wie den in Tabelle 4 zusammengestellten Ergebnissen zu entnehmen ist, begünstigt die über die Kirchengangshäufigkeit gemessene tatsächliche Bindung an eine christliche Kirche bei zwei Wahlen – 1998 und 2002 – signifikant und in der aus dem Westen bekannten Stärke die Wahl der Union, während sich 1994 und 2005 so gut wie kein Effekt zeigt. Dies läßt sich auch gut anhand der in Abbildung 5 graphisch dargestellten erwarteten Wahrscheinlichkeiten nachvollziehen. Interessanterweise hat jedoch bei diesen beiden Wahlen die bloße Zugehörigkeit zu einer der beiden Konfessionen einen sehr hohen positiven Effekt auf die Unionswahl, während sich 1998 und 2002 kaum entsprechende Effekte zeigen.¹¹ Bei diesem auf den ersten Blick verwirrenden Befund handelt es sich vermutlich um ein Artefakt, das darauf zurückgeht, dass es in den neuen Ländern als Spätfolge der Pressionen, denen die Kirchen und ihre Mitglieder in der DDR ausgesetzt waren, weitaus weniger reine „Taufscheinchristen“ als im Westen gibt. Infolgedessen hängen Konfessionszugehörigkeit und Kirch-

¹¹ Eine Ausnahme ist jedoch die Wirkung des Merkmals „Protestantismus“ bei der Bundestagswahl 1998.

gangshäufigkeit relativ eng zusammen, und ihre Wirkungen sind nur schwer voneinander zu separieren (Kollinearität).¹²

Abbildung 5: Der Effekt des Kirchgangs bei Protestanten, die keiner Gewerkschaft angehören und sich nicht als Angehörige der Arbeiterschicht betrachten, Ostdeutschland, 1994-2005



Dies lässt sich leicht demonstrieren, indem man nur eine der beiden Variablen in das Modell aufnimmt. Entfernt man beispielsweise aus dem Modell für die Bundestagswahl 1994 die Variablen für die Konfessionszugehörigkeit, so erhält man einen starken und signifikanten Effekt für den Kirchgang (nicht tabellarisch ausgewiesen). Das gleiche gilt mutatis mutandis für den Effekt der Konfession, wenn man aus dem Modell für die Bundestagswahl 2002 die Variable „Kirchgangshäufigkeit“ entfernt.

Soweit die Konfessionszugehörigkeit das Wahlverhalten in den neuen Ländern beeinflusst, zeichnet sich ein ähnliches Muster wie in den alten Bundesländern ab. Denn die Union profitiert eher von einer katholischen Konfession (die hier allerdings quantitativ kaum von Bedeutung ist), während andere Parteien eher von Protestanten gewählt werden. Unterscheidet man nicht nur CDU-Wahl, SPD-Wahl und eine Residualkategorie, sondern berücksichtigt die PDS, lässt sich genauer untersuchen, für welche andere Partei als die CDU ostdeutsche Protestanten bevorzugt stimmen. Wie sich den Ergebnissen in Tabelle 3 und 4 entnehmen lässt, neigen die

¹² Nochmals verstärkt werden die Zusammenhänge dadurch, dass 2005 die Kirchgangshäufigkeit für Nichtchristen überhaupt nicht erhoben wurde. Im Sinne einer einheitlichen Behandlung der Variablen musste deshalb auch für die Wahlen von 1994-2002 die Kirchgangshäufigkeit für solche Personen, die keiner christlichen Kirche angehören, ex post auf null gesetzt werden.

Mitglieder dieser Konfession, die immer noch etwa ein Viertel der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, eher dazu, die SPD als die PDS zu wählen. Für die beiden übrigen Indikatoren des konfessionell-religiösen Cleavages lassen sich hingegen keine signifikanten Unterschiede zwischen SPD- und PDS-Wählern feststellen. Die PDS scheint somit von Konfessionslosigkeit zu profitieren.

Insgesamt überwiegen in bezug auf die religiös-konfessionelle Spannungslinie somit die innerdeutschen Ähnlichkeiten die Differenzen. In beiden Landesteilen begünstigt ein häufiger Kirchgang eine Wahlentscheidung zugunsten der Union, wie auch die katholische Konfession die Wahlchancen von CDU und CSU wenigstens tendenziell steigert. Diese Wirkungen unterliegen im hier betrachteten Zeitraum von 1994 bis 2005 deutlich geringeren Schwankungen als die Effekte der sozioökonomischen Konfliktlinie. Die religiös-konfessionelle Spannungslinie beeinflusst das Wahlverhalten in Deutschland somit stabiler, stärker und homogener als die sozioökonomische. Dies steht im übrigen in Einklang mit den Befunden von Arzheimer und Falter (2005), die für den Zusammenhang von Konfession, Kirchgang und Parteiidentifikation zu sehr ähnlichen Ergebnissen kommen.

5. Schluss

Ziel dieses Beitrages war es zu untersuchen, inwieweit die traditionellen Cleavages im vereinigten Deutschland das Wahlverhalten prägen. Für die alten Bundesländer hat unsere Analyse der Bundestagswahlen 1994 bis 2005 gezeigt, dass die traditionellen Konfliktlinien bei den betrachteten vier Wahlen durchaus noch etwas zur Erklärung des Wahlverhaltens beitragen können. Sowohl in bezug auf die sozioökonomische als auch in bezug auf die konfessionell-religiöse Konfliktlinie spielt die reine Gruppenzugehörigkeit dabei eine kleinere Rolle als die Bindung an die Gruppe. Im direkten Vergleich wirkt dabei die Kirchenbindung regelmäßig deutlich stärker zugunsten der Union als die Gewerkschaftsbindung zugunsten der SPD. In den neuen Bundesländern haben wir nur bedingt die aus den alten Ländern bekannten Muster vorgefunden. Auch hier steigern katholische Konfession und eine enge Kirchenbindung die Wahrscheinlichkeit, für die Union zu stimmen, erheblich. Die Muster in bezug auf das sozioökonomische Cleavage unterscheiden sich dagegen deutlich von den westdeutschen Ergebnissen. Zum einen hat sich noch kein stabiles Wirkungsmuster entwickelt. Zum anderen weichen die empirisch vorgefundenen Muster zum Teil erheblich von den westdeutschen Befunden ab. Beispielsweise entschieden sich in Ostdeutschland 2005 zwar Arbeiter deutlich unterdurchschnittlich für die CDU, doch steigerte zugleich eine Gewerkschaftsmitgliedschaft erkennbar die Wahrscheinlichkeit, für die Union zu stimmen. Darin dürften sich neben aktuellen innerdeutschen Unterschieden in der sozialen und ökonomischen Lage sowie im politischen Interessenvermittlungssystem auch Nachwirkungen der dramatisch verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen 1945 und 1989 niederschlagen. Soweit diese Erklärung zutrifft, ist auch in der näheren Zukunft keine vollständige Angleichung der ostdeutschen Wahlverhaltensmuster an die aus Westdeutschland bekannten zu erwarten.

Bezogen auf unsere Ausgangsfrage können wir festhalten, dass sich die traditionellen Wahlverhaltensmuster durchaus noch nachweisen lassen, und zwar in den alten Ländern stärker als in den neuen. Die traditionellen gesellschaftlichen Bündnisse an der Wahlurne sind also nicht nur bloße Erinnerungen an die „gute alte Zeit“, sondern durchaus noch Realität. Insofern jagen SPD und Union mit ihren grundsatzprogrammatischen Schwerpunkten nicht Chimären nach. Zu fragen bleibt allerdings, ob die teilweise Kontinuität im Wahlverhalten auf die Parteiakteure beruhigend wirken kann. Dies mag auf den ersten Blick so scheinen. Doch übersieht diese Einschätzung, dass sich die Zusammensetzung der Bevölkerung erheblich geändert hat. Die Arbeiter, die in der Mitte des Jahrhunderts über die Hälfte der Erwerbstätigen ausmachten, sind auf ein Drittel der Erwerbstätigen zusammengeschrumpft. Ebenso gehörte um 1950 beinahe jeder zweite abhängig Beschäftigte in Westdeutschland einer Gewerkschaft an, heutzutage sind es dagegen in Deutschland weniger als 30 Prozent. Die Prägekraft der beruflichen Position und der Gewerkschaftsbindung auf das Wahlverhalten bedeuten daher einerseits, dass die Sozialdemokraten auf eine vergleichsweise zuverlässige Klientel zählen können, andererseits aber eine größere Gruppe nur schwer erreichen können. Ähnliches gilt, mutatis mutandis, für die Unionsparteien und ihre klassische Klientel der praktizierenden (katholischen) Christen. Mit anderen Worten, Strategien, die auf die Bindung und Mobilisierung der traditionellen Klientelgruppen abzielen, mögen früher der Mehrheitsfähigkeit von Union und SPD gedient haben, ihr aber zumindest nicht im Wege gestanden haben, doch heutzutage könnten sie sich als Hindernis erweisen, bei Wahlen große Erfolge zu feiern. Man könnte die Prägekraft der Cleavages also auch als ein Indiz dafür lesen, dass es den beiden Volksparteien nicht in dem von ihnen vermutlich angestrebten Maße gelungen ist, für alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen wählbar zu sein.

Im Vergleich der beiden Konfliktlinien erweist sich die religiös-konfessionelle als die erklärungskräftigere, und zugleich unterscheiden sich ihre Effekte im innerdeutschen Vergleich weniger als jene der sozioökonomischen. Diese Unterschiede können mit verschiedenen Faktoren zusammenhängen. So könnte man vermuten, dass die Prägekraft des religiös-konfessionellen Konflikts generell weniger von gesellschaftlichen Bedingungen beeinflusst wird. Plausibler erscheint es allerdings, die Ursache darin zu suchen, dass das Parteienangebot wie auch die inhaltlichen Positionen auf der religiös-konfessionelle Konfliktlinie über die Zeit weniger variieren und auch zwischen West- und Ostdeutschland weniger differieren als auf der sozioökonomischen Konfliktlinie. Diese Frage zu klären, muss freilich der künftigen Forschung überlassen bleiben.

Anhang

Daten zur Wahl 2005 (ZA-Nr. 4332):

Wahlbeteiligung: Gewählt (1), nicht gewählt (2), ungültig gewählt (3).

Wahlabsicht (Zweitstimme): SPD (10), CDU/CSU (11), Bündnis 90/Die Grünen (12), FDP (13), Die Linke.PDS (14), Republikaner (15), NPD (16), Graue (17), andere Partei (18), ungültig gewählt (19).

Region: West (0), Ost (1).

Schicht: Unterschicht (1), Arbeiterschicht (2), Mittelschicht (3), obere Mittelschicht (4), Oberschicht (5).

Erwerbstätigkeit, berufliche Stellung: Kleinere Selbständige (1), mittlere Selbständige (2), größere Selbständige (3), einfache Angestellte (4), mittlere Angestellte (5), qualifizierte Angestellte (6), leitende Angestellte (7), einfacher Dienst (8), mittlerer Dienst (9), gehobener Dienst (10), höherer Dienst (11), ungelernte Arbeiter (12), angelernte Arbeiter (13), Facharbeiter (14).

Konfession: Römisch-katholische Kirche (1), evangelische Kirche (ohne Freikirchen) (2), evangelische Freikirche (3), andere christliche Religionsgemeinschaft (4), andere nicht-christliche Religionsgemeinschaft (5), keine Religionsgemeinschaft (6).

Kirchgangshäufigkeit: Nie (0), seltener als einmal im Jahr (1), einmal im Jahr (2), mehrmals im Jahr (3), mindestens einmal im Monat (4), einmal in der Woche (5), mehrmals in der Woche (6).

Mitgliedschaft/Amt in Gewerkschaft: Nein, kein Mitglied (1), ja, Mitglied ohne Funktion (2), ja, Mitglied mit Funktion (3).

Daten zu den Wahlen 1994 bis 2002:

Wahlabsicht (Zweitstimme, Vorwahl: Sonntagsfrage, Nachwahl: Recall): CDU/CSU (1), SPD (2), FDP (3), Bündnis 90/Grüne(4), Republikaner (5), PDS (6), DVU [nur 1998] (7), ÖDP [nur 1998 und 2002] (8), Graue [nur 1998 und 2002] (9), Statt Partei [nur 1998 und 2002] (10), NPD [nur 1998 und 2002] (11), Schill-Partei [nur 2002] (12), andere Partei (13), nicht gewählt, aber wahlberechtigt [nur 1998] (96), nicht wahlberechtigt (97), weiß nicht (98), verweigert (99).

Region: Alte Bundesländer (1), Neue Bundesländer (2).

Schichtzugehörigkeit: Arbeiterschicht (1), Mittelschicht (2), Oberschicht (3).

Berufsgruppe: Alte Mittelschicht und Landwirte (1), einfache Angestellte und Beamte (2), Angestellte und Beamte in mittlerer Position (3), Angestellte und Beamte in gehobener Position (4), leitende Angestellte/höhere Beamte und freie Berufe (5), un- und angelernte Arbeiter (6), Facharbeiter und hochqualifizierte Arbeiter (7).

Konfession: Evangelisch (1), katholisch (2), andere Religion (3), früher evangelisch, ausgetreten (4), früher katholisch, ausgetreten (5), nie Mitglied (6), weiß nicht (8), verweigert (9).

Kirchgangshäufigkeit: Nie (1), höchstens einmal jährlich (2), höchstens einmal monatlich (3), mindestens einmal wöchentlich (4).

Mitgliedschaft Berufsvereinigung, Gewerkschaft [nur 1994]: Nein (1), ja, nur Mitglied (2), Mitglied und Amt (3), Antwort verweigert (9).

Mitgliedschaft Gewerkschaft [nur 1998, 2002]: Kein Mitglied (1), Mitglied ohne Amt (2), Mitglied mit Amt (3), weiß nicht (8), verweigert (9).

Literatur

- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W. 2002: Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive: In: Aus Politik und Zeitgeschichte B49-50, 27-35.
- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W. 2005: „Goodbye Lenin?“ Bundes- und Landtagswahlen seit 1990. Eine Ost-West-Perspektive. In: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 244-283.
- Bartolini, Stefano/Mair, Peter 1990: Identity, competition, and electoral availability. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Dalton, Russell J./Bürklin, Wilhelm 1995: The Two German Electorates. The Social Base of the Vote in 1990 and 1994. In: German Politics and Society 13, 79-99.
- De Graaf, Nan D./Nieuwbeerta, Paul/Heath, Anthony 1995: Class Mobility and Political Preference. Individual and Contextual Effects. In: American Journal of Sociology 100, 997-1027.
- Elff, Martin 2002: Parteiensystem, Sozialstruktur und Wahlabsicht. Der Wandel im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlabsicht in sieben europäischen Nationen und die programmatische Polarisierung zwischen Parteilagern 1975-1998: In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske+Budrich, 279-313.
- Elff, Martin 2004: Politische Ideologien, Sozialstruktur und Wahlverhalten: Die Bedeutung der politischen Angebote und Appelle von Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Ländern. Dissertation Universität Mannheim. In: <http://bibserv7.bib.uni-mannheim.de/madoc/volltexte/2004/334/> <15.04.2006>.
- Falter, Jürgen W. 1992: Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die Deutsche Einheit mit großen Überraschungen. In: Jesse, Eckhard/Mitter, Armin (Hrsg.): Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 163-188.

- Franklin, Mark N./Mackie, Thomas T./Valen, Henry (Hrsg.) 1992: *Electoral Change. Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank 1994: Soziale Konflikte und Wählerverhalten. Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Kontext der längerfristigen Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland. In: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*. Frankfurt a.M.: Peter Lang, 7-45.
- Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar 2001: Parteimitgliedschaften. Entwicklung und Sozialstruktur. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 274-296.
- Jagodzinski, Wolfgang/Quandt, Markus 2000: Religion und Wahlverhalten in der längsschnittlichen Entwicklung. In: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 159-181.
- Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea 2001: Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 507-527.
- Lepsius, M. Rainer 1966: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Abel, Wilhelm/Borchardt, Knut/Kellenbenz, Hermann/Zorn, Wolfgang (Hrsg.): *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge*. Stuttgart: Gustav Fischer, 371-393.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein 1967: *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*. In: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York: Free Press, 1-64.
- Müller, Walter 1997: Sozialstruktur und Wahlverhalten. Eine Widerrede gegen die Individualisierungsthese. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49, 747-760.
- Nieuwbeerta, Paul/de Graaf, Nan Dirk/Ultee, Wout 2000: The Effects of Class Mobility on Class Voting in Post-War Western Industrialized Countries. In: *European Sociological Review* 16, 327-348.
- Pappi, Franz Urban 1985: Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft. Entstehung, Stabilität und Wandel. In: Oberndörfer, Dieter/Rattinger, Hans/Schmitt, Karl (Hrsg.): *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot, 263-290.
- Pappi, Franz Urban 1986: Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen im Zeitvergleich. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 369-384.
- Pappi, Franz Urban 1990: Klassenstruktur und Wahlverhalten im sozialen Wandel. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 15-30.
- Pappi, Franz Urban 2002: Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential? In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske+Budrich, 25-46.
- Pofalla, Ronald, 2006: Unser Anspruch: Orientierung geben. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 95 vom 24.04.2006, 10.
- Schnell, Rainer/Kohler, Ulrich 1995: Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 47, 634-657.

- Schoen, Harald 2005: Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 135-185.
- Schoen, Harald/Abold, Roland 2006: Zwei Wählerschaften in einem Land? Wahlverhalten im vereinigten Deutschland. In: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans/Schoen, Harald (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: Beck, 128-157.
- Schoen, Harald/Falter, Jürgen W. 2005: Die Linkspartei und ihre Wähler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B51-52, 33-40.
- SPD 2006: Kraft der Erneuerung. Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert. Leitsätze auf dem Weg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD. Vorgelegt am 24.04.2006.
- Weßels, Bernhard 1994: Gruppenbindung und rationale Faktoren als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland. In: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag, 123-157.
- Weßels, Bernhard 2000: Gruppenbindung und Wahlverhalten. 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik. In: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 129-155.
- Winkler, Jürgen R. 2002: Die Politisierung der Sozialstruktur. Der Einfluß der Sozialstruktur auf die Wählerrekrutierung der Parteifamilien im Deutschen Reich. In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske+Budrich, 129-158.